



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 04.05.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 11. Mai 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 16.03.2022
2. 22-A-79-0003
Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

2.1 22-F-10-0007

Aktueller Stand zu den in der LHW angekommenen Flüchtlingen aus der Ukraine
- Antrag der AfD-Fraktion vom 03.05.2022 -

Seit Beginn des Ukrainekrieges verlassen zahlreiche Menschen das Kriegsgebiet. Nach Schätzungen des Sozialdezernenten muss die LHW mit der Ankunft von 120 neuen Flüchtlingen pro Woche rechnen, die schnellstmöglich eine Unterkunft benötigen. Laut Presseberichten ist die Kapazitätsgrenze der Landeshauptstadt mit den bis zum 22.04.2022 angekommenen 3.320 Flüchtlingen erreicht.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familie und Wohnen wolle deshalb beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie viele Plätze in Gemeinschaftsunterkünften, Notunterkünften, Hallen, angemieteten Hotels und angemieteten Wohnungen kann die LHW insgesamt stellen?
2. Wann und bei welcher Personenzahl an Flüchtlingen rechnet der Magistrat damit, die absolute Grenze der Aufnahmekapazität der LHW erreicht zu haben? Was geschieht nach Erreichen dieser Grenze?
3. Werden Flüchtlinge aus der Ukraine in denselben Unterkünften untergebracht wie bereits hier wohnenden Flüchtlingen aus anderen Ländern? Falls nicht, welche Unterkünfte innerhalb des Stadtgebietes sind ausschließlich für ukrainische Flüchtlinge vorgesehen?
4. Findet eine getrennte Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Herkunftsländern, Geschlecht, Einzelpersonen und Familien statt?
5. Welche Mietverträge mit Unterkunftsanbietern für Flüchtlinge und Asylsuchende bestehen seitens der LHW aktuell und zu jeweils welchen Konditionen?
6. Welche neuen Mietverträge kommen aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge jetzt noch hinzu? Wie sind hier die Konditionen, Laufzeiten, Kündigungs- und Verlängerungsmöglichkeiten, Mietpreise und sonstige Kosten? Beinhalten diese Kosten auch bereits Instandhaltungs- und Reparaturkosten?
7. Wurden in diesem Zusammenhang Erstattungskosten von Bund und Land für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine gegenüber der LHW zugesagt und falls ja, in welcher Höhe? Falls nein, welche Auswirkungen hat dies auf den Doppelhaushalt 2022/23 und folgende?
8. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um die Sicherheit der ukrainischen Flüchtlinge, insbesondere der Frauen und Kinder, zu gewährleisten?
9. Die Ukraine hat darum gebeten, die Kinder nicht in Integrations- bzw. Willkommensklassen zu unterrichten. Fällt diese Entscheidung in die Zuständigkeit der Kommunen und wenn ja, wird diesem Wunsch seitens der LHW entsprochen?

3. 22-J-42-0002

ANLAGE

Arbeitskleidung in städtischen Kindertagesstätten

- Antrag des Jugendparlaments vom 16.02.2022 -

- Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom
16.03.2022 (BP 0025) -

4. 22-F-69-0029

Eindeutige Beschilderung von Toiletten im öffentlichen Raum

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 03.05.2022 -

Vom Wiesbadener Seniorenbeirat wurden kürzlich die Probleme, die gerade ältere Menschen mit der Toilettenbeschilderung in Wiesbaden haben, thematisiert. Hier wird teilweise die fehlende Eindeutigkeit auf den Schildern bemängelt und fehlende Hinweise bzw. Piktogramme, die zur nächsten Toilette führen, kritisiert.

Die Beschilderung wird offenbar von vielen älteren Menschen als verwirrend empfunden, der Weg zur nächstgelegenen Toilette unnötig verlängert.

Hier sollte die Landeshauptstadt Wiesbaden dringend nachbessern.

Der Ausschuss möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wer das aktuelle Modell der Beschilderung entworfen hat und wie hoch die Kosten dafür waren?
2. ein neues Modell für ein eindeutiges und sinnvolles Leitsystem in der Innenstadt entwerfen, wenn möglich mit Unterstützung des Seniorenbeirates, und dieses im Ausschuss vorzustellen.
3. das neue Modell für eine Toilettenbeschilderung umzusetzen für die Innenstadt, den Hauptbahnhof und die Parks.

5. 22-F-69-0030

Sitzbank-Notfallnummer für eine schnelle Hilfe

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.05.2022 -

Was z.B. in Bad Wörishofen oder in Rees schon umgesetzt wurde, muss selbstverständlich auch für Wiesbaden möglich sein. Es geht schließlich darum in unseren großen Grün- und Parkanlagen wo die Orientierung oft schwer fällt, und es wenige Anhaltspunkte zur Ortsbeschreibung gibt, mittels einer unkomplizierten Sitzbank-Notfallnummer den Standort zu konkretisieren.

Bei einem Notruf über die Nummer 112 oder über eine andere Notrufnummer müsste so nur die Notfallnummer der nächstliegenden Parkbank angegeben werden. So ist der Einsatzort präzise

über die Sitzbank-Notfallnummer bestimmbar und es kann schnell Hilfe geschickt werden. Lange, unpräzise und zeitraubende Durchsagen sind entbehrlich und nicht notwendig. Die Vorteile liegen auf der Hand. Das Ziel ist, dass die Einsatzkräfte, die die Sitzbank-Notfallnummern gespeichert haben oder auf einen Plan der Stadt Zugriff hätten, in kürzester Zeit, ohne lange zu suchen, zum richtigen Einsatzort geleitet werden können.

Der Ausschuss möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten,

Sitzbänke in den städtischen Parks und Grünanlagen mit einfachen Notfallnummern zu versehen und einen entsprechend nummerierten Plan dazu zu erstellen, der den Rettungsleitstellen zur Verfügung gestellt wird.

6. 22-F-63-0026

EHAP Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.05.2022 -

Mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 wurden auch Mittel für das Wiesbadener Projekt des „Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen“ (EHAP) genehmigt. Die Hilfesuchenden aus dem Ausland sollen hierbei in bereits bestehende Hilfsstrukturen vermittelt und begleitet werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

wie der aktuelle Sachstand des EHAP-Projektes ist und ob eine Fortführung angedacht ist.

7. 22-F-63-0024

Dusch- und Bademöglichkeiten für Wohnungslose schaffen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.05.2022 -

Uns wurde kürzlich von Expert*innen aufgezeigt, welche Angebote an Dusch- und Bademöglichkeiten in der LHW bereits bestehen, aber eben auch, was derzeit in der LHW noch fehlt. So fehlt es besonders dringend an einer behindertengerechten Bademöglichkeit für wohnungslose Menschen, in der eingewachsene Kleider oder Schädlinge effektiv entfernt werden können und anschließend eine fachgerechte Wundversorgung stattfinden kann. Dieses Defizit wollen wir beseitigen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Die Errichtung einer behindertengerechten Bademöglichkeit für Wohnungslose in Kooperation mit den freien Trägern der Obdachlosenhilfe zu prüfen, die voraussichtlichen Kosten festzustellen und gegebenenfalls umzusetzen.
2. Die Ausweitung der bereits vorhandenen Duscmöglichkeiten in Kooperation mit den freien Trägern der Obdachlosenhilfe zu prüfen, die voraussichtlichen Kosten festzustellen und gegebenenfalls umzusetzen.
3. auf verschiedene Initiativen zuzugehen, welche sich in dem Bereich engagieren und sie in ähnlichen Vorhaben (finanziell) zu unterstützen
4. Kostenfreie Menstruationsprodukte und andere Hygieneartikel in den Anlaufstellen für Wohnungslose der freien Träger der Obdachlosenhilfe anzubieten
5. Kostenfreie Verhütungsmittel in den Anlaufstellen für Wohnungslose der freien Träger der Obdachlosenhilfe anzubieten.

8. 22-F-63-0025

Sachstand der Digitalisierung in Wiesbadener Kitas

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.04.2022 -

Auch in Kindertagesstätten sollte die Digitalisierung vermehrt mitgedacht werden. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz digitaler Medien in der Arbeit mit den Kindern, sondern auch um eine Erleichterung der Kommunikation zwischen Kita und Eltern.

Der Ausschuss möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Digitalisierungsstrategie in den städtischen Kindertagesstätten verfolgt wird und den pädagogischen Fachstandard Medienerziehung vorzustellen. Dabei soll auch dargestellt werden welche Weiterbildungsangebote für Erzieher*innen bestehen und in Anspruch genommen werden.
2. welche digitalen Endgeräte in den Kitas zu welchem Zweck aktuell genutzt werden und wie es um den Ausstattungsgrad der Kitas insgesamt bestellt ist.
3. die Ergebnisse des Pilotprojektes Kita-App (Projektbegleitung Marion Kamphans, Hochschule Rhein-Main) vorzustellen und dabei auch zu berichten, wie weit die Einführung der App gediehen ist und welche Funktionen sie bietet.
4. wie viele Kitas mit WLAN in allen Räumen ausgestattet sind.

9. 22-F-63-0027

Wohnungslosenhilfe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.05.2022 -

Eine provisorische Möglichkeit Wohnungslosen schnell zu helfen, sind kleine isolierte Unterkünfte aus Holz, welche nur etwa 3 m² groß sind. Im Inneren jedes Hauses befinden sich in der Regel neben einer Matratze ein Regal, ein Erste-Hilfe-Set, ein Feuerlöscher, eine Campingtoilette sowie eine kleine Arbeitsfläche mit der Möglichkeit zu kochen. Das Konzept der sogenannten „Tiny Homes“ wurde von einem gleichnamigen Verein ins Leben gerufen und ist schon in vielen Großstädten in Deutschland verbreitet. Die Wohnungslosenhilfe der Teestube wünscht sich die Anschaffung dieser „Tiny Homes“ und hat bereits eine Initiative dazu angestoßen.

Diese sollen hierbei in Wiesbaden aber nicht als Alternative zur eigenen Wohnung gesehen werden, sondern als Übergangslösung für Wohnungslose, welche bspw. aufgrund ihres Hundes nicht in einem der Nachtquartiere der Stadt untergebracht werden möchten. Langfristig gesehen sind die Holzhäuser ein Schritt weg von der Straße und hin zur eigenen Wohnung, da hier begleitet durch regelmäßige Besuche von Sozialarbeiter*innen das Wiedererlernen einer eigenständigen Haushaltsführung möglich ist. Außerdem könnten durch sie die Beschwerden vonseiten der Innenstadtbewohner reduziert werden, da diese „Tiny Homes“ möglichst dezentral in Innenstadtnähe verteilt werden sollen, um eine Ansammlung von Lagern wie sie zurzeit bspw. im Kirchenreulchen stattfindet, und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf andere Nutzer, vermieden werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

wie sich die rechtlichen Voraussetzungen zur Aufstellung von sog. „Tiny Homes“ gestalten.

II. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

an welchen Standorten eine Aufstellung von „Little Homes“ in Wiesbaden möglich ist.

10. 22-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 19-F-01-0018 **DL 05/21-1, ANLAGE**

Umsetzung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe

- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2019 -
- Bericht des Dezernates VI vom 20.04.2022 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

2. 21-F-63-0021 **DL 13/22-1**

Die Stadt gehört auch den Jugendlichen - Freiräume erschließen, Mitwirkung fördern

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 10.11.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 04.03.2022 -

3. 21-F-69-0014 **ANLAGE**

Dem Fachkräftemangel in Kita und Krippe entgegenwirken

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 24.11.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 17.03.2022 -

4. 22-F-05-0004 **ANLAGE**

Neubau der Lebenshilfe in Dotzheim

- Antrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2022 -
- In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 22.03.2022 geänderter Antragstext -
- Bericht des Dezernates VI vom 20.04.2022 -

5. 22-F-63-0003 **ANLAGE**

Initiative Toleranz Tunnel nach Wiesbaden holen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 07.03.2022 -

6. 22-V-06-0005 **DL 13/22-8**

Notwendiges Personal zur Versorgung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine

7. **22-V-33-0002** **DL 15/22-1**

Integrationskonzept 2022-2026

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

8. **22-V-51-0007** **DL 14/22-10**

CASA e. V. - Investitionszuschuss - Stellwerkhäuschen

9. **22-V-51-0008** **DL 15/22-3**

Sozialer Zusammenhalt Biebrich-Mitte - Begrünungsfonds

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

10. **22-V-51-0010** **DL 14/22-6 NÖ, 13/22-14**

Sozialer Zusammenhalt Schelmengraben, GWH Zuschussvertrag, Erschließung Stephan-Born-Straße, 1. BA

11. **22-V-51-0012** **DL 13/22-15**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Fortführung des Ausbauprogramms und Einrichtung eines Planungsbudgets

12. **22-V-51-0013** **DL 14/22-11**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Katholische Kindertagesstätte St. Georg in Frauenstein, Ersatzneubau und Erweiterung auf dem Grundstück der Alfred-Delp-Schule durch die SEG

13. **22-V-51-0016** **DL 13/22-16**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Erweiterung der städtischen Kindertagesstätte Parkfeld um zwei Krippengruppen, Deckung des Mehrbedarfs aus dem Ausbauprogramm

14. 22-V-51-0017 DL 15/22-4

Handlungsprogramm Jugend ermöglichen - Jahresberichte 2021

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

15. 22-V-51-0019 DL 15/22-5

Planstellenbedarf Umsetzung "Handlungsstrategie - Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen"

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

16. 22-V-51-0021 DL 15/22-6

Übernahme der regionalen Koordination OloV durch die Fachstelle Jugendberufshilfe in der Schulsozialarbeit

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

17. 22-V-51-0023 DL 15/22-7

Projektumsetzung "Handlungsstrategie - Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen"

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.05.2022 -

18. 22-V-67-0002 DL 14/22-16

Spielplatzscout

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender